

Antrag A6: Hauptamtliche Regionalmitarbeiter*innen

Antragsteller*in:	André Eckardt (Gera), Max Streckhardt (Gera), Lea Michel (Gera), Leon Walter (Linksjugend [solid]), André Clauß (Erfurt), Judith Schäffer (Jena), Nicolas Bethe (Jena)
Status:	in Bearbeitung

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Thüringen schafft für jede Region mindestens eine hauptamtliche
- 2 Vollzeitstelle für eine/n regionale/n Mitarbeiter*innen. Als Definition für den
- 3 Begriff „Region“ könnten die Gebiete der Bundestagswahlkreise dienen. Um eine
- 4 möglichst hohe Effizienz zu erreichen, muss eine konkrete Stellenbeschreibung
- 5 erstellt werden.

Begründung

Wenn uns der Ausgang der vergangenen Bundestagswahl eine Sache deutlich vor Augen geführt hat, dann die, dass wir personell weit über unsere Grenzen hinaus gegangen sind und dies größtenteils durch ehrenamtliches Engagement vieler Mitglieder*innen.

Um diese im Ehrenamt erbrachte gute Parteiarbeit in so intensiver Form auch weiterhin überhaupt möglich zu machen, können wir auf eine/n regionalen Mitarbeiter*innen, nicht mehr verzichten! Im Moment haben wir noch die Ressourcen, wenn wir diese jetzt nicht nutzen, wird es eng, um erneut ein so gutes Wahlergebnis zur Landtagswahl einzufahren. Ferner dürfen wir auch die anstehenden Kommunalwahlen nicht vernachlässigen. Ein/e Regionalmitarbeiter*innen trägt hier signifikant zur Steigerung der Anbindung von Genoss*innen an der Basis bei.

Mitglieder*innen werden hier umfangreich mit Informationen über laufende politische Prozesse auf allen Ebenen versorgt. Ebenfalls stärkt die Stelle die Verbindung zwischen den KV, Gewerkschaften und Vereinen und koordiniert somit die Zusammenarbeit, mit dem Ziel, die politische Wirkung nach außen zu steigern und Organisation und Abläufe erheblich zu verbessern.

Wir dürfen nicht mehr darauf warten, dass Menschen zu uns kommen, oder vor verschlossenen Türen stehen, weil das Büro nicht besetzt ist! Um die Finanzierung zu decken schlagen wir folgendes vor: Die Schaffung einer Stelle in Vollzeitbeschäftigung.

Hierfür ist es notwendig, mindestens 10% des Beitragsanteiles an den Landesverband direkt zu verwenden, um die Stelle zu bezahlen, da KV selbst kein Personal einstellen können. Eine andere Möglichkeit wäre natürlich, mit einer maximalen Auslastung zu arbeiten, d.h.: ab einer bestimmten Mitgliederzahl des KV oder SV, kann beim Landesverband ein/e Mitarbeiter*innen beantragt werden. So wäre z.B. bei der Hälfte dieses Wertes, die Schaffung einer Stelle in Teilzeit möglich. Wenn ein SV oder KV die anfallenden Aufgaben dennoch ehrenamtlich stemmen kann, sollte ebenfalls eine entsprechende Rückvergütung stattfinden. Dies motiviert und entlastet zugleich. Wir bitten den Parteitag hierüber abstimmen zu lassen und den Antrag als Arbeitsauftrag an den Landesvorstand weiter zu geben.